

## **Die neue Lust am Sozialismus – Option für eine Nachhaltigkeitsrevolution?**

*Klaus Dörre*

Ein Gespenst geht um in der westlichen Welt. Das Gespenst heißt Neosozialismus. Weil es nun auch Deutschland heimsucht, versetzt es aufrechte Liberale in Angst und Schrecken. Um den Spuk zu beenden, wird bereits der Ruf nach Verfassungsänderungen laut. IFO-Chefökonom Clemens Fuest will die soziale Marktwirtschaft als verbindliche Ordnung im Grundgesetz festschreiben (Hank 2019) und FDP-Frontmann Lindner würde den Artikel 15, der die Sozialisierung von Privateigentum ermöglicht, am liebsten ganz aus der Verfassung streichen (Weiland 2019). Unterstützung erhalten diese „Ghostbusters“ von ungewohnter Seite. Weil ein sozialdemokratischer Nachwuchspolitiker die Kollektivierung großer Unternehmen „auf demokratischem Weg“ nicht völlig ausschließt und die Bayerischen Motoren Werke als Sozialisierungskandidaten nennt, hat der Betriebsratsvorsitzenden des adressierten Unternehmens die SPD für „unwählbar“ erklärt (Monath et al. 2019). Dass die IG Metall laut Satzung die „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“ (IG Metall 2016) anstrebt, hat das Gewerkschaftsmitglied offenbar vergessen. Würde der Sozialisierungsparagraph aus dem Grundgesetz entfernt, wäre die IG Metall eine verfassungsfeindliche Organisation. „Hilflos“ nennt der Journalist Rainer Hank, selbst entschiedener Gegner von Sozialisierungsideen, Vorschläge, die dergleichen implizieren (Hank 2019).

Die Aufregung im marktliberalen Spektrum und die Vergesslichkeit mancher Betriebsräte belegen eindrucksvoll, wie weit sich meinungsprägende Diskurse mittlerweile von politischen Inhalten entfernt haben, die in Gewerkschaften, Sozialdemokratie und politischer Linker lange zum *common sense* zählten. Heute genügt es, die Brisanz der Eigentumsfrage auch nur anzudeuten, um einen Sturm der Entrüstung auszulösen. Dabei hat Kevin Kühnert nur vorsichtig ausgesprochen, was in anderen sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien inzwischen wieder deutlich offensiver artikuliert wird. Ohne die Vision einer besseren Gesellschaft bleibt die politische Linke zahnlos. Es käme einer Selbstverleugnung gleich, wollte sie bei der Suche nach solchen Visionen auf den Sozialismus-Begriff verzichten. Dass drei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums wieder von einer „neuen Lust am Sozialismus“ gesprochen wird (Fuster 2019), hängt, so meine These, eng mit der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise zusammen, die der zeitgenössische Wachstumskapitalismus gegenwärtig durchläuft. Diese historische neuartige Krisenkonstellation impliziert, dass sich die Inhalte zukunftsorientierter sozialistischer Politik deutlich von jenen früherer Sozialismen unterscheiden müssen. Im

21. Jahrhundert geht es zumindest in reichen Gesellschaften nicht mehr darum, Produktivkräfte zu entfesseln, die von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen gehemmt werden. Neosozialismus ist vielmehr eine Bezeichnung für die Suche nach einem Notausgang. Die im Begriff angedeutete Programmatik zielt auf die Überwindung von Destruktionskraftentwicklung und Überproduktivität, um Wege zu ökologisch und sozial nachhaltigen Gesellschaften jenseits von Expansionismus und Wachstumszwängen zu öffnen. Nachfolgend begründe ich diese These in drei Schritten. Zunächst wird die Zangenkrise analysiert. Es folgt eine exemplarische Skizze neosozialistischer Kernprojekte, an die einige Überlegungen zu Strategien des Übergangs hin zu nachhaltigen Gesellschaften anschließen. Es versteht sich von selbst, dass ich sehr zugespitzt argumentieren muss. Das geht notgedrungen zu Lasten von Differenzierung, fördert aber, so hoffe ich, die dringend nötige Debatte (zur Diskussion siehe auch Dörre/Schickert 2019).

## **1 Warum Neosozialismus?**

Beginnen wir mit der ökonomisch-ökologische Zangenkrise als dem derzeit wichtigsten Grund für ein neosozialistisches Projekt. Ursprünglich stammt der Begriff aus der ökosozialistischen Debatte. In der von mir gewählten Verwendung fasst er drei wichtige Entwicklungen zusammen: das Ende permanenten, raschen Wachstums in den kapitalistischen Zentren; die zunehmend ungleiche Verteilung des erzeugten Mehrprodukts sowie strukturelle Störungen des Gesellschafts-Natur-Metabolismus, deren Ausmaß inzwischen die Selbstreproduktionsfähigkeit nahezu geschlossener natürlicher Kreislaufsysteme gefährdet. Die genannten Entwicklungen sind Resultat einer vornehmlich (finanz)marktgetriebenen globalen Landnahme<sup>1</sup>, die in den alten Zentren einem an kurzfristigen Gewinnen orientierten Kapitalismus zum Durchbruch verholfen hat, dessen ökologische und soziale Wirkungen in vielerlei Hinsicht desaströs sind. In einer über den internationalen Handel und die Finanzmärkte verflochtenen Weltwirtschaft, wird das Wachstum des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) wesentlich über die zunehmende Verschuldung von Staaten und Privathaushalten vorangetrieben. Während Investitionen außerhalb des Finanzsektors in den alten kapitalistischen Zentren stagnieren oder auf doch auf einem relativ geringen Level verharren, steigen Verschuldung und klimaschädliche Emissionen auf Rekordniveau (Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 5. Daran hat sich seit dem globalen Crash von 2007-09 wenig geändert. Betrachten wir einige der genannten Entwicklungen etwas genauer.

(1) *Wachstum*: Bis zur Jahrtausendwende war die (finanz)marktgetriebene Landnahme eines der erfolgreichsten Wachstumsprojekte in der Geschichte des Kapitalismus. Allerdings ließ die

---

<sup>1</sup> Landnahme besagt, dass der Kapitalismus auf die fortwährende Okkupation eines nichtkapitalistischen Anderen angewiesen ist, das er absorbiert und so allmählich ruiniert (Dörre 2019a).

Wachstumsdynamik schon vor Beginn der großen Krise nach. Zwar ist die Weltwirtschaft rasch auf einen Wachstumspfad zurückgekehrt, doch in den alten kapitalistischen Zentren, insbesondere in der Europäischen Union, sind die Wachstumsraten vergleichsweise niedrig geblieben. Selbst außerhalb Europas und in Hochwachstumsgesellschaften wie der Chinas sinken oder stagnieren die Wachstumsraten. Dieses Phänomen verweist auf strukturelle Wachstumsblockaden. Tatsächlich war die außergewöhnlich lange Prosperitätsphase, die sich seit Anfang 2009 ihrem Ende zuneigt, in den alten Zentren eine ohne Hochkonjunktur und Inflation. Die Zinssätze blieben niedrig und der Investitionsmotor ist nie richtig in Gang gekommen. Über die Gründe wird innerhalb der Ökonomik gerätselt.

Angebotsseitig zählen Bevölkerungsentwicklung bzw. Arbeitskräftepotential und Arbeitsproduktivität zu den entscheidenden Wachstumstreibern. In alternden Gesellschaften, in denen das Volumen bezahlter Arbeitsstunden trotz Einwanderung nicht wächst oder im Verhältnis zur Erwerbstätigkeit sogar abnimmt, fällt die Bevölkerungsentwicklung als Wachstumsmotor aus. Deshalb bleibt angebotsseitig als Wachstumstreiber hauptsächlich die Arbeitsproduktivität. Doch trotz des hohen Technikeinsatzes sind die Steigerungsraten bei der Arbeitsproduktivität seit geraumer Zeit rückläufig. Dies ist der Grund, weshalb Ökonomen wie Richard J. Gordon (2016) für die alten kapitalistischen Zentren eine säkulare Stagnation mit vergleichsweise niedrigen Wachstumsraten diagnostizieren. Wenig spricht dafür, dass sich an den stagnativen Tendenzen auf absehbare Zeit etwas ändern wird. Bedenkt man, dass sich die Zeit der Billig-Ressourcen – billige Natur, billiges Geld, billige Arbeit, Fürsorge, Nahrung und Energie – ihrem Ende zuneigt (Patel, Moore 2018), ist eher davon auszugehen, dass die Epoche raschen, permanenten Wirtschaftswachstums in den frühindustrialisierten Ländern für immer vorüber ist. James Galbraith prognostiziert gar einen „Würgehalsband-Effekt“. Damit ist gemeint, dass sich die Effizienz einer ressourcen- und energieintensiven Wirtschaft nur steigern lässt, solange „die Ressourcen billig bleiben“ (Galbraith 2016, S. 136). Ressourcenintensität bedeutet stets hohe Fixkosten, die sich allenfalls langfristig amortisieren und daher nur zu rechtfertigen sind, wenn „das System voraussichtlich profitabel bleibt und über längere Zeit einen Gewinn erzielt“ (ebd.). In einer zunehmend unsicheren Welt sind private Investitionen, die sich nur langfristig rentieren, jedoch mit hohen Risiken und niedrigen Gewinnerwartungen verbunden. Politische und gesellschaftliche Stabilität ist daher eine zentrale Funktionsbedingung dieser Art des Wirtschaftens. Wenn die Zeiten unsicher werden und die Rohstoff- und Energiepreise steigen, verkürzt sich hingegen der Zeithorizont für Gewinne und Investitionen (ebd., S. 140).

(2) *Ungleichheit*: Wirkung und Ausmaß struktureller Wachstumsblockaden werden jedoch erst in vollem Umfang deutlich, wenn man auf der Nachfrageseite Löhne, Einkommen und den produktiven Staatskonsum in den Blick nimmt. Bleiben umverteilende Maßnahmen aus, bewirkt schwaches Wachstum zunehmende Ungleichheit, da dauerhaft niedrige Wachstumsraten nur zeitverzögert auf die Renditen durchschlagen (Piketty 2014). Die Vermögens- und Einkommenskonzentration nimmt zu, klassenspezifische Ungleichheiten prägen sich stärker aus und die Wahrscheinlichkeit, ökonomische Macht in wirkungsvollen politischen Lobbymacht zu transformieren, erhöht sich deutlich. Die Wirkungen dieses sozialen Mechanismus lassen sich mittlerweile empirisch nachweisen. So entwickelten sich die Profite der Top-2000 unter den transnationalen Unternehmen und die Anteile der Arbeitseinkommen am weltweiten Bruttoinlandsprodukt zwischen 1995 und 2005 der Tendenz nach umgekehrt proportional. Während die Gewinne der transnationalen Unternehmen seit der Jahrtausendwende bis 2013 mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 permanent gestiegen sind, befanden sich die Anteile der Lohneinkommen am BIP, die Krisenjahre ausgenommen, bis 2013 im Sinkflug. Seither sind sie leicht gestiegen, verharren aber auf relativ niedrigem Niveau (Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 12).

Im Klartext bedeutet dies, dass die Früchte des Wirtschaftswachstums, so es sich überhaupt einstellt, höchst ungleich verteilt werden. Zwischen 1980 und 2016 konnte das einkommensstärkste Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung 27 % des Wachstums für Wohlstandszuwächse verbuchen, die unteren 50 Prozent verfügten lediglich über 12 Prozent der Wachstumsanteile. Hauptverlierer der Entwicklung sind die Unter- und Arbeiterklassen der USA und Westeuropas, deren Anteile sinken (Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 18). Die Gründe hat der Internationale Währungsfonds mit technologischem Wandel, daraus resultierender Ersetzbarkeit von Beschäftigten, der Marktmacht großer Unternehmen und der zunehmenden Schwäche von Gewerkschaften einigermaßen präzise benannt (IMF 2017). Hinzuzufügen ist, dass die zunehmende Vermögens- und Einkommensungleichheit in nahezu allen nationalen Gesellschaften seit einigen Jahrzehnten mit einer Abnahme der Ungleichheiten zwischen Staaten zusammenfällt. Die Zeiten, in denen die Ärmsten der reichen Länder noch immer wohlhabender waren als die Bevölkerungen der sich entwickelnden Länder, sind vorbei. Die bevölkerungsgewichtete Ungleichheit nimmt „seit Ende der siebziger Jahre ab“; diese Tendenz ist „ab dem Jahr 2000 selbst dann zu beobachten, wenn man China nicht berücksichtigt“ (Milanovic 2016, S. 177). Auch die reichen Weltregionen teilen sich mehr und mehr in Zentrum und (Semi-)Peripherie. Hinsichtlich der Einkommen und Vermögen, aber auch beim Wohnen, der Gesundheit, Bildung und der sozialen Distinktion ist das wohlhabende Deutschland mittlerweile zu einer der ungleichsten Gesellschaften der OECD-Welt geworden (Kaelble 2017, S. 176). Vertikale,

Ungleichheiten haben ein solches Ausmaß angenommen, dass sie zu einer ernsthaften Wachstumsbremse geworden sind (Fratzscher 2016).

(3) *Erdmetabolismus*: Kaum minder bedeutsam ist, dass die Zunahme vor allem klassenspezifischer Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften während der zurückliegenden Jahrzehnte zu einem der wichtigsten Treiber ökologischer Großgefahren geworden ist. Ungleichheit forciert irreversible Störungen des Gesellschafts-Natur-Metabolismus. Nehmen wir die klimaschädlichen Emissionen als Beispiel (Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 22). Während die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung mit ihren luxuriösen Lebensstilen 49 Prozent dieser Emissionen verursachen, sind die untersten 50 Prozent gerade einmal für drei Prozent verantwortlich. Die Anteile der reichsten Bevölkerungsgruppen an den Emissionen steigen überproportional, bei den ärmsten Teilen der Weltbevölkerung sind sie dagegen rückläufig. Die einkommensstärksten 10 Prozent mit dem höchsten Emissionsausstoß leben auf allen Kontinenten, 30 Prozent in Schwellenländern. Die Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen wird in immer größerem Ausmaß durch die Einkommensungleichheit *innerhalb* der Staaten verursacht. 1998 erklärten diese Ungleichheiten etwa 30 Prozent der globalen Emissionen; 2013 waren es bereits 50 Prozent.<sup>2</sup> Die Produktion von Luxusartikeln für die oberen Klassen und deren Konsum sind zu einer Haupttriebkraft von ökologischen Großgefahren geworden, unter denen weltweit vor allem die ärmsten Bevölkerungsgruppen leiden.

Diese Entwicklungen vor Augen, kann präzisiert werden, worin das historisch Neuartige der ökologisch-ökonomischen Zangenkrise besteht. Zumindest die frühindustrialisierten und noch immer reichen Länder des globalen Nordens sind zu Postwachstumskapitalismen geworden. Ihre Ökonomien wachsen nur noch langsam<sup>3</sup> und der produzierte Reichtum wird immer ungleicher verteilt. Es handelt sich jedoch um mehr und anderes als nur um eine große Krise der Kapitalakkumulation. Zangenkrise bedeutet, dass das zuvor wichtigste Mittel zur Überwindung

---

<sup>2</sup> Das wohlhabendste eine Prozent in den USA, Luxemburg, Singapur und Saudi-Arabiens produziert jährlich 2000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und damit zweitausendmal mehr als die ärmsten Menschen in Honduras, Ruanda und Malawi. Insofern sind Klimawandel und soziale Ungleichheit untrennbar miteinander verknüpft. Für den Ressourcenverbrauch gilt ähnliches. Der ökologische Fußabdruck eines Vermögenden aus dem obersten einen Prozent der Weltbevölkerung übertrifft den eines Angehörigen der ärmsten 10 Prozent um durchschnittlich um das 175-fache.

<sup>3</sup> Der berechtigte Hinweis, dass ein Prozent BIP-Steigerung für reiche Staaten in der Gegenwart auch ökologisch etwas anderes bedeutet als zu Zeiten der industriellen Revolution ändert am politökonomischen Sachverhalt nichts. In Deutschland bewegte sich die durchschnittliche Wachstumsrate zwischen 2000 und 2014 bei 1,6 Prozent (pro Jahr) bzw. bei 1,3 Prozent (je Einwohner, Priewe 2016, S. 75). Niedriges Wirtschaftswachstum muss ähnlich beurteilt werden wie Nullwachstum, denn Armut, Prekarität sowie wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit stellen sich – in etwas niedrigeren Dosierungen – auch bei geringem Wirtschaftswachstum ein (ebd., S. 104). Dementsprechend ist die Bundesrepublik trotz langer Prosperität eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft, in der die Expansion unsicherer Beschäftigungsverhältnisse die Erwerbslosigkeit statistisch zum Verschwinden bringt.

ökonomischer Krisen, die Erzeugung von Wirtschaftswachstum nach den Kriterien des Bruttoinlandsprodukts (BIP), auf der Grundlage fossiler Energieträger sowie bei steigendem Ressourcen- und Energieverbrauch unweigerlich zu einer Kumulation ökologischer Großgefahren führt. Zwischen 1980 und 2016 haben sich die klimaschädlichen Emissionen weltweit verdoppelt (Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 7). Absolut gesunken sind sie während der jüngeren Vergangenheit – wegen des Einbruchs der industriellen Produktion – nur im Krisenjahr 2009. Der Energieverbrauch ist letztmalig in den 1980er Jahren zurückgegangen und auch die Ressourcenbilanzen tendieren gegenwärtig zu einer irreversiblen Schädigung nahezu geschlossener ökologischer Kreislaufsysteme (Rockström et al. 2009, Schellnhuber 2015).

Ist all das seit langem bekannt, erlangt der ökologische Gesellschaftskonflikt derzeit eine neue Qualität, weil die Zeit für ein Gegensteuern knapp zu werden beginnt. Nach einer Studie des IPCC für ein 1,5-Grad-Erderwärmungsszenario benötigen wir bis spätestens 2050 vollständig dekarbonisierte Wirtschaftssysteme (IPCC 2018).<sup>4</sup> Ein solches Ziel zu realisieren, ist gleichbedeutend mit Veränderungen, die in ihrem historischen Ausmaß mindestens mit jenen der ersten industriellen Revolution vergleichbar sind. Dies jedoch mit dem gravierenden Unterschied, dass es nunmehr um die Suche nach einem Notausstieg geht, der die gesellschaftszerstörenden Konsequenzen des seither in Gang gesetzten raschen, permanenten Wirtschaftswachstums korrigieren muss.<sup>5</sup> Von einem ökonomischen Segen verwandelt sich die vorherrschende Form des Wirtschaftswachstums zunehmend in einen ökologischen Fluch. Aus diesem Dilemma führt im Grunde nur eine Nachhaltigkeitsrevolution heraus. Künftig sind ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele daher der Lackmuestest für alle Konzeptionen und Gesellschaftsentwürfe, die einen Ausweg aus der Zangenkrise versprechen. Dafür gibt es einfache Kriterien. Erstens: Reduziert sich der ökologische Fußabdruck, also sinken Emissionen, Ressourcen- und Energieverbrauch? Zweitens: Steigt – für jede und jeden frei zugänglich und auch für künftige Generationen – die Lebensqualität? (Grober 2013, S. 269). Die Nachhaltigkeitsziele der UNO (Sustainable Development Goals/SDGs) lassen sich – trotz aller berechtigten Kritik am Zustandekommen, dem Kompromisscharakter und ihrer relativen Unverbindlichkeit – politisch

---

<sup>4</sup> Andere Szenarien halten die verfügbaren Zeitbudgets für deutlich geringer (Quelle). Die Rede ist von neun bis elf Jahren, um gegenzusteuern. Fridays for Future geht von einem solchen Szenario aus.

<sup>5</sup> Naturwissenschaftler sprechen deshalb von einem neuen Erdzeitalter, dem Anthropozän. Marxistische Sozialwissenschaftler wie Jason Moore (2015) halten die Bezeichnung „Kapitalozän“ für angemessener. Danach müsse von einer doppelten Bewegung des Kapitalismus durch Natur und Natur durch den Kapitalismus ausgegangen werden. Die ökonomisch-ökologische Zangenkrise ist demnach eine „converging crisis“. Sozioökonomische Krisen müssen mit dem Ende von „billiger Energie, Nahrung und Rohstoffen“ zusammengedacht werden, um die historischen Ausmaße der im Gange befindlichen Transformation überhaupt verstehen zu können (Moore 2015).

operationalisieren. Sie sind ein Maßstab, anhand dessen sich das reale Handeln von Unternehmen, Regierungen und herrschenden Klassen bewerten lässt. Je weiter Ziele und reale Ergebnisse auseinanderklaffen, desto wahrscheinlicher ist eine Delegation der vorherrschenden Produktions- und Lebensweisen.

## **2 Welche Gesellschaft strebt der Neosozialismus an?**

Nachhaltigkeitsziele werfen zumindest implizit die Frage auf, ob sie sich innerhalb kapitalistischer (Re-)Produktions- und Eigentumsverhältnisse realisieren lassen. Die wachstumskritische Literatur bleibt in diesem Punkt zweigespalten. Einerseits wird ein Kapitalismus ohne Wachstum für unmöglich erklärt, andererseits erscheint eine Überwindung des Kapitalismus auch wegen der knappen Zeitbudgets für Veränderungen wenig wahrscheinlich. Beides führt mit schöner Regelmäßigkeit zu einer argumentativen Quadratur des Kreises. Entweder fehlt der gewünschten Postwachstumsgesellschaft jeder Bezug zu realen Machkonstellationen und den Möglichkeiten ihrer Überwindung<sup>6</sup> oder es soll doch möglich werden, Wirtschaftswachstum und Kapitalismus auf Nachhaltigkeit zu programmieren.<sup>7</sup> Ein Problem inkrementeller Ansätze ist, dass die Radikalität der Analyse in den vorgeschlagenen Konsequenzen meist wieder verloren geht.

Dies vor Augen, plädieren Autoren wie Helmuth Wiesenhal für eine institutionelle Transformation, die den Kapitalismus nicht überwinden, sondern auf ökologische Nachhaltigkeitsziele programmieren soll. Wiesenhal vergleicht die anstehende Transformation mit der Herausbildung des Wohlfahrtsstaates, die, so das Argument, Liberale wie Marxisten gleichermaßen für unmöglich gehalten hatten (Wiesenhal 2019). Die Gesellschaftsbildung im Anschluss an die deutsche Einheit gilt ihm als weiteres Beispiel einer sanften, politisch nur partiell gesteuerten Transformation. Nun wird man der These, bei gesellschaftlichen Transformationen handele es sich um kontingente Prozesse ohne homogenes strategisches Subjekt, die häufig zu nicht intendierten Resultaten führten, kaum widersprechen können. Doch Wiesenhal ignoriert einen wichtigen Sachverhalt. Parlamentarische Demokratie und Wohlfahrtsstaat waren stets zumindest mittelbar Reaktionen auf gesellschaftlich-politische Antagonisten, die auf eine Überwindung des Kapitalismus zielten. Mit umgekehrten Vorzeichen kann man Ähnliches für die Transformation der staatsbürokratischen Sozialismen behaupten. Ohne systemoppositionellen Druck

---

<sup>6</sup> Hartmut Rosas Resonanzphilosophie kommt völlig ohne eine Soziologie von Macht und Herrschaft aus und bleibt deshalb in ihren Konsequenzen selbst dann harmlos, wenn sie für Umverteilung und Wirtschaftsdemokratie plädiert. Rosa erkennt das Problem durchaus, scheut aber vor Korrekturen zurück, denn diese würden vermutlich tragende Säulen seiner Theorie infrage stellen (Rosa 2016, S. 757 ff.; kritisch: Dörre 2017a).

<sup>7</sup> Ein schönes Beispiel bietet Binswanger 2019.

und ein entsprechendes Problembewusstsein innerhalb der herrschenden Klassen und Staatsapparate sind weitreichende Veränderungen, die auf eine Einschränkung von Machtressourcen der – in unserem Fall kapitalistischen – Eliten hinauslaufen, nicht zu erreichen.

Nehmen wir als Beispiel den nachhaltigen, dezentralen Kapitalismus, den James Galbraith als Vision empfiehlt. Ein solcher Kapitalismus hätte den Umfang von Institutionen, Sektoren und Organisationen, allen voran dem Militär, zu deren Fixkosten eine expansive materielle Ressourcennutzung gehört, deutlich zu reduzieren. Der Bankensektor müsste auf sein Kerngeschäft schrumpfen und zu einer öffentlichen Angelegenheit werden. Ein solcher Kapitalismus hätte allen Bürgerinnen und Bürgern einen angemessenen Lebensstandard zu sichern, Frühpensionierungen zu ermöglichen, den Mindestlohn stark anzuheben, den Faktor Arbeit von Steuern zu befreien, dafür aber Erbschafts- und Schenkungssteuern deutlich zu erhöhen. Vor allem aber würde er Anreize setzen, um passive Akkumulation im Finanzsektor in aktive Ausgaben für sozial und ökologisch nachhaltige Infrastruktur zu gewährleisten. Doch welche sozialen und politischen Kräfte sollen einen derart reformierten Kapitalismus realisieren? Die Hauptursache der Zangenkrise besteht ja gerade darin, dass die finanzkapitalistische Landnahme des Sozialen die kapitalistischen Selbststabilisierungsmechanismen – das Kreditsystem, den Unternehmen-Staat-Innovationskomplex, die Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die Institutionen sozialer Reproduktion und nicht zuletzt die organisierten Arbeitsbeziehungen systematisch unterminiert hat (Dörre 2019b, 2017b).

Dies verweist auf einen systemischen Destabilisierungsmechanismus, der gerade auf der erfolgreichen Ausbreitung kapitalistischer (Re-)Produktionsformen beruht. Kapitalistische Systeme können sich nicht ausschließlich aus sich selbst heraus zu reproduzieren. Sie müssen expandieren, um zu existieren. Dabei zerstören sie allmählich, was sie für ihre Reproduktion benötigen. Die expansiven Kräfte des Kapitalismus beruhen auf zahlreichen Treibern in den unterschiedlichsten sozialen Feldern. Ihr letzter und wichtigster Grund ist jedoch das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln. Karl Marx, Rosa Luxemburg, aber auch die Anti-Marxistin Hannah Arendt haben das scharfsinnig herausgearbeitet. Die Stellung der herrschenden Klassen im Kapitalismus beruht auf Besitz als einem dynamischen Prinzip; dieser Besitz an Produktionsmitteln muss sich ständig vermehren (Arendt 1955/2006, S. 328). Die Begrenztheit menschlichen Lebens widerlegt jedoch ein expansives Besitzverhältnis als Konstitutionsprinzip des Zusammenlebens, und die Begrenztheit des Erdballs widerlegt, so Arendt, die Möglichkeit zu fortgesetzter, grenzenloser ökonomischer wie politischer Expansion (ebd., S. 329). In ande-



ren Worten: Einen nachhaltigen Kapitalismus, der ohne die fortgesetzte Landnahme eines nicht-kapitalistischen Anderen auskommt, kann es nicht geben. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit bedeutet letztendlich den kapitalistischen Besitz als dynamisches, expansives Prinzip in Frage zu stellen. In bewusster Selbstbeschränkung nenne ich als Kernbestand neosozialistischer Optionen drei Projekte, die aus Nachhaltigkeitsgründen die Eigentumsfrage stellen und stark verlangsamtes langsames Wachstum eher als Chance, denn Problem begreifen.

(1) *Entwicklung*: Das erste Kernprojekt zielt darauf, Wachstum nach den Kriterien des BIP durch Kriterien für sozial und ökologische nachhaltige Entwicklung zu ersetzen. Auf diese Weise können gesellschaftlichen Regulationsweisen so verändert werden, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele die Rechtsverhältnisse und mit ihnen das Staatshandeln bestimmen. Eine Voraussetzung wäre, Nachhaltigkeitszielen einen Verfassungsrang zu geben. Sie müssen im Grundgesetz, in den Länderverfassungen und in der europäischen Grundrechtscharta verankert werden. Und sie sollten auch Eingang in das Arbeitsrecht, die Betriebs- und Unternehmensverfassung und möglichst in Tarifverträge finden. Für die Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen ins Grundgesetz plädieren inzwischen selbst konservative Politiker (Wittl 2019). Entscheidend ist jedoch, wie eine solche Verankerung realisiert wird. Durch eine Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen in Artikel 13 (2), GG würde die Sozialbindung des Eigentums erweitert. Wirtschaftsakteure, die das Nachhaltigkeitsgebot missachten, hätten mit Sozialisierung, vor allem aber mit der Umverteilung und Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht zu rechnen. Auf diese Weise entstünden Institutionen einer transformativen Demokratie, die wirtschaftliche Strukturen einschließen. Ihre Einführung ließe bewusst Spielraum für die Erprobung nicht- und nachkapitalistischer Wirtschaftsweisen. Sie würde eine Abkehr vom BIP als herausragender wirtschaftlicher Steuerungsgröße und deren Ersetzung durch Entwicklungsindikatoren befördern, die ökologische Schäden des Wirtschaftswachstums transparent machen. Die Nachhaltigkeitsrevolution wäre damit noch lange nicht Wirklichkeit, es gäbe aber rechtliche und institutionelle Spielräume, die faktisch auf eine Erweiterung nicht nur von Lohnabhängigen- sondern auch von gesellschaftlicher Reproduktionsmacht hinausliefen.

(2) *Rückverteilung*: Eine Nachhaltigkeitsrevolution verlangt nach einer angemessenen Balance ökologischer und sozialer Zielsetzungen. Substanzielle Gleichheit der individuell Verschiedenen ist ein Nachhaltigkeitsziel ersten Ranges. Dies bedeutet zugleich, dass dem Klimawandel nicht ausschließlich mit marktkonformen Mitteln (CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Emissionshandel) begegnet werden kann. Obwohl im Klimapaket der Bundesregierung nicht vorgesehen, führt an einer

CO<sub>2</sub>-Steuer künftig wohl kein Weg vorbei. Auch Fridays for Future fordert die rasche Einführung einer solchen Steuer. Doch selbst wenn diese Abgabe mit Ausgleichzahlungen verbunden ist, handelt es sich weder um eine ökologisch zureichende, noch um eine sozial nachhaltige Maßnahme. Die Schweiz hat bereits beides – eine CO<sub>2</sub>-Steuer und einen sozialen Ausgleich. Nachhaltig sind das Wirtschaftsmodell und die Lebensweisen des Landes dennoch nicht.

Generell gilt, dass die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeitsziele die Preise z. B. für Naturressourcen und Lebensmittel in die Höhe treiben wird. Schon deshalb sind Plädoyers zugunsten einer ökologischen Austerität oder Verzichtsappelle, die Gewerkschaften zur Mäßigung bei Löhnen und Einkommen mahnen, schlicht kontraproduktiv. Unter kapitalistischen Bedingungen würden sie allenfalls eine Steigerung der Unternehmensgewinne bewirken, Abflüsse in die hochspekulativen Finanzmarktsegmente fördern, das Ungerechtigkeitsempfinden bei großen Teilen der Lohnabhängigen steigern und Beschäftigte möglicherweise einer radikalen Rechten in die Hände treiben, die den menschengemachten Klimawandel leugnet. Sozial und ökologisch nachhaltig wäre das genaue Gegenteil. Löhne und Einkommen eines Großteils der abhängig Beschäftigten müssen steigen, damit z.B. faire Preise für Ressourcen, langlebige Güter oder Lebensmittel aus ökologischem Anbau für große Mehrheiten bezahlbar bleiben oder überhaupt bezahlbar werden. Gute, ökologisch nachhaltige Arbeitsbedingungen entlang von Wertschöpfungsketten und in den Ländern des Südens sind leichter durchzusetzen, wenn Schmutzkonzurrenz aus dem Norden unterbunden wird. Nötig sind deshalb – national wie international – Löhne zum Leben, die deutlich oberhalb der Niedriglohngrenze liegen (zu living wages siehe G.I.B. 2018). Da fraglich ist, ob die Gewerkschaften noch genügend Kraft besitzen, um solche Löhne und Einkommen durchzusetzen, benötigt soziale Nachhaltigkeit Unterstützung aus Politik und Zivilgesellschaft. Kommissionen, die unter wissenschaftlicher Beteiligung regionale Standards für living wages ermitteln sowie eine Stiftung mit Gütesiegel für beteiligte Unternehmen, die nach britischem Vorbild agiert, könnten erste kleine Schritte in diese Richtung sein. Dass sich Löhne zum Leben mit qualitativen Forderungen nach guter Arbeit und Arbeitszeitverkürzung verbinden lassen, liegt auf der Hand, denn je besser die Einkommen sind, desto wichtiger werden auch subjektiv Zeitwohlstand und qualitativ gute Arbeitsbedingungen.<sup>8</sup> Bei all dem geht es zunächst darum, mithilfe von Arbeits-, Lohn- und Steuerpolitik enteigneten gesellschaftlichen Reichtum zurückzuholen und den Enteigneten zurückzugeben; mehr als Umverteilung ist zunächst Rückverteilung das Programm neosozialistischer Politik.

---

<sup>8</sup> Viele anregende Ideen für die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeit in der Arbeitswelt finden sich in Schröder/Urban 2018.

(3) *Wirtschaftsdemokratie*: Allerdings, das sollte bereits deutlich geworden sein, lässt sich eine Nachhaltigkeitsrevolution mit einer bloßen Rückkehr zu klassischer wohlfahrtsstaatlicher Umverteilungspolitik nicht bewerkstelligen. Anzustreben ist eine Systemtransformation, die den Besitz an Produktionsmitteln als dynamisches und zugleich konstitutives Prinzip kapitalistischer Gesellschaften überwindet und die Entscheidungsmacht in Wirtschaft und Großunternehmen zugunsten zuvor ausgeschlossener Klassen neu verteilt. Dies muss freilich mit dem Ziel geschehen, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele schon bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen einzubeziehen. Um es zugespitzt zu formulieren: Besser als auf das Fahren von SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Dabei ist der SUV aber nur ein gut skandalisierbares Symbol für die anstehende Revolution bei Produkten und Produktionsverfahren. Über den SUV hinaus und eigentlich prioritär gibt es angefangen bei der High-Tech-Rüstung bis hin zum Luxuskonsum, symbolisiert etwa durch Privatjachten von 163 Meter Länge, ausgestattet mit Raketenwerfer und Mini-U-Boot, vieles andere, was nicht hergestellt werden muss.

Ökologisch benötigen wir die Umstellung von Wirtschaft und Produktionsmodellen auf langlebige Güter, die wenige Ressourcen verschlingen und nachhaltige Dienstleistungen, die sich an sozialen Bedürfnissen orientieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit benötigt Wirtschaftsdemokratie, und Wirtschaftsdemokratie ist mehr als Mitbestimmung. Sie muss alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an Produktionsentscheidungen beteiligen. Der Ökonom Atkinson schlägt deshalb die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten vor, die aber nicht mehr nur mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften besetzt sein sollen, sondern zivilgesellschaftliche Akteure wie Umweltverbände, ökologische Bewegungen, Fraueninitiativen etc. einbeziehen, um ein annäherndes Kräftegleichgewicht zwischen Kapitalmacht und Zivilgesellschaft überhaupt erst wiederherzustellen (Atkinson 2016). Eine Aufgabe solcher Räte könnte es sein, die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu überwachen, die Produktion langlebiger Güter zu fordern und neue Formen eines kollektiven Selbsteigentums etwa in Genossenschaften zu erproben, die vom Gewinnmotiv als Hauptzweck abgekoppelt sind, individuelle Verantwortung für öffentliche Güter aber beibehalten.

So verstanden, bedeutet Wirtschaftsdemokratie sehr viel mehr als eine bloße Reform kapitalistischer Vergesellschaftung. Wie schon in den klassischen Konzepten zielt die radikale Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht auf eine Überwindung vom dynamischen Besitzprinzip. Wie sich die dazu nötige Sozialisierung marktbeherrschender transnationaler Unternehmen bewerkstelligen lässt, ist eine offene Frage. Ein Weg könnte sein, diese Unternehmen für die öffentliche Infrastruktur, die sie nutzen, mit Eigentumstiteln bezahlen zu lassen. Staatshilfe im Krisenfall könnte ebenfalls mit Verfügungsrechten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die öffentliche Hand bezahlt werden (für Überlegungen dazu Urban 2019). Sobald dies geschähe, wäre die Sozialisierung von Entscheidungsmacht mittels Internalisierung von Sozialkosten ein allmählicher Prozess, der einer Revolution ohne einmaligen Akt der Machtergreifung gleichkäme. Große Unternehmen würden auf diesem Wege allmählich zu Mitarbeitergesellschaften, in denen öffentliches Eigentum ebenfalls eine bedeutende Rolle spielen könnte.

Die schleichende Revolutionierung der Besitzverhältnisse müsste mit einer institutionellen Erneuerung des klein- und mittelbetrieblichen Sektors einhergehen. Klein- und Mittelbetriebe, darauf haben bereits die Prager Reformer der späten 1960er Jahre hingewiesen, dürfen nicht enteignet werden. In diesen Sektoren wäre eine echte Marktwirtschaft, die solche Betriebe vom Druck der großen Industrie und des Finanzsektors entlastet, überhaupt erst zu etablieren. Neosozialistische Konzepte wenden sich daher nicht gegen den Markt- und Preismechanismus als solchen. Vielmehr schaffen sie Anreize, um die Kooperation zwischen – konkurrierenden – Klein- und Mittelbetrieben zu stärken. Die Vernetzung flexibler Spezialisten in Oberitalien hat gezeigt, wie dergleichen erfolgreich praktiziert werden kann (Piore/Sabel 1985).

Der Übergang zu einer dekarbonisierten, ressourcenschonenden Wirtschaft erfordert indes langfristige gesellschaftliche Planung. Ein Grundproblem aller bislang bekannten Spielarten des Kapitalismus ist, dass die dominanten Akteure langfristige Planungen nur in gesellschaftlichen Teilbereichen realisieren – auf Kosten großer Mehrheiten und zulasten des großen Ganzen. Das ist der Grund, weshalb freiwillige Klimaziele gegenwärtig vor allem dazu da sind, von kurzfristig kalkulierenden Unternehmen und Akteuren unterlaufen zu werden. Demgegenüber gilt: Die Zukunft der Umwelt hängt von Entscheidungen ab, die auf eine lange Frist bezogen sind. Ergebnissen werden sich erst nach längerer Zeit einstellen und sind nur global zu bewerten. Es bedarf einer Macht, die präventiv handelt, die notwendige Forschung planvoll angeht, strategische Entscheidungen für Investitionen und Ansiedlungen treffen kann und die in der Lage ist, die internationale Arbeitsteilung entsprechend auszurichten (Magri 2014).

Nachhaltig zu regulieren bedeutet freilich auch Vermeidung einer zentralistischen Planung, die vorsieht, ökonomische Akteure direkt zu steuern. Ziel ist stattdessen eine gemischte Ökonomie mit makroökonomischer Verteilungsplanung, die, anders als im Staatssozialismus, auf detaillierte Produktionsvorgaben verzichtet, aber doch Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und die Unternehmensstrategien nimmt. Die Verteilungsplanung kann in demokratisch zusammengesetzten Planungskommissionen stattfinden. Dabei ist eine Konkurrenz von Planvarianten denkbar, die der Bevölkerung periodisch zur Abstimmung vorgelegt werden. Die jeweils beschlossene Variante setzt Präferenzen bei den öffentlichen Ausgaben. Sie hat für Regierungen, jedoch nicht für einzelne Betriebe oder Unternehmen verbindlich zu sein. Innerhalb wie außerhalb von Betrieben und Unternehmen müsste diese Rahmenplanung mit transparenten, demokratischen Entscheidungsstrukturen verbunden werden. Den Belegschaften sind umfangreiche Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Neben materieller Beteiligung an den Geschäftsergebnissen ist eine selbstbestimmte Arbeitsorganisation entscheidende Voraussetzung für die Teilhabe an betrieblichen Entscheidungsprozessen (Sik 1979).

### **3 Sind gesellschaftliche Mehrheiten für neosozialistische Projekte zu mobilisieren?**

Anders als Konzepte, die einen möglichen neuen Sozialismus am liebsten als „leeren Signifikanten“ behandeln möchten, der im Prozess nach Gusto durch soziale Bewegungen gefüllt werden kann, ist mit den skizzierten Kernprojekten immerhin ein Koordinatensystem angedeutet, an dem sich unterschiedliche sozialistische Entwürfe abarbeiten können. Statt vornehmlich auf individuelle Verhaltensänderungen beim Konsum zu setzen, die auch nötig und sinnvoll sind, richtet der Neosozialismus das Augenmerk auf hegemoniale (Re-)Produktionsweisen und die durch sie konstituierten Machtverhältnisse. Der Großteil der Emissionen, des Energie- und Ressourcenverbrauchs entsteht in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Auf Produktionsentscheidungen haben die Angehörigen subalternen Klassen in der Regel keinen Einfluss. Neosozialismus bedeutet, eben dies ändern zu wollen. Es geht um die Einschränkung von Freiheiten, die wenige zulasten der Allgemeinheit wahrnehmen. Dazu gehört die Freiheit zu Maximalprofiten, die so nicht weiterbestehen darf. Verbindliche Regeln betreffen aber nicht nur die Eliten. Um die Kluft zwischen der subjektiven Bedeutung des Klimawandels und der ökologischen Großgefahren einerseits sowie dem praktischen Verhalten von Mehrheiten andererseits zu schließen, sind verbindliche Regeln, die uns von einem negativen Individualismus befreien, zwingend nötig. Ökologisch leben wollen und Vielflieger oder SUV fahren, passt subjektiv durchaus zusammen. Das ist nur zu ändern, wenn klare Regeln durchgesetzt werden, die für alle gelten.

Doch wie kann eine Übergangsstrategie aussehen, die sich dem Ziel einer ökologisch und sozial nachhaltigen Gesellschaft nähert? Ohne diese Frage erschöpfend beantworten zu können, scheinen mir vier Prämissen neosozialistischer Politik unverzichtbar.

*Erstens* müssen Strategien des Übergangs von realen gesellschaftlichen Konflikten und Kräfteverhältnissen ausgehen. Das Wünschbare ist das eine, das machtpolitisch Durchsetzbare etwas anderes. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass der sozialökologische Transformationskonflikt in Deutschland inzwischen Schlüsselbranchen des Industrie- und Wirtschaftsmodells erreicht hat. Zunächst Vorreiter bei der Umstellung auf erneuerbaren Energien, haben die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen auch in der Bundesrepublik wieder zugenommen. Hauptverursacher ist neben dem Energiesektor, den Gebäudeemissionen und der Landwirtschaft der Verkehr. Als einziger Wirtschaftssektor hat letzterer bislang nichts zur Emissionsreduktion beigetragen. Die Emissionen der Fahrzeugflotte steigen. Europaweit verbindliche Dekarbonisierungsziele sorgen nun für sanktionierbaren Veränderungsdruck. In der neuen weltpolitischen Konstellation, die die Hyperglobalisierung mit sich gebracht hat, sind die ökologischen Repulsionen des Automobilsektors Gegenstand imperialer Rivalitäten. Geplante Verbote für Verbrennungsmotoren in ökonomisch starken Ländern (England, Frankreich) und die beschleunigte Umstellung auf Elektro-Mobilität im wichtigsten Wachstumsmarkt China werden – gemeinsam mit der Digitalisierung und protektionistischen Handelspolitiken – zu einem weitreichenden Umbau des Wertschöpfungssystems Automobil führen. Die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie geht schon zu Beginn schwerpunktmäßig zulasten der Beschäftigten. In den Belegschaften und bei einem Teil der Betriebsräte setzt dies verständlicherweise Beharrungskräfte frei. Wie bei radikalen Strukturbrüchen häufig der Fall, tendieren Sicherheitsinteressen von Beschäftigten zur Konservierung des Bestehenden.

Anders gesagt, die ökologische und die sozioökonomische Konfliktachse drohen sich gegeneinander zu verselbständigen. Das ist für jegliche Politik, die sich an Nachhaltigkeitszielen ausrichtet, gefährlich. Denn solche Ziele sind *zweitens* in Demokratien nur mit Hilfe gesellschaftlicher Mehrheiten durchzusetzen. Wie wir bereits jetzt wissen, ist die Umstellung auf Elektromobilität völlig unzureichend, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen. Benötigt werden völlig neue Mobilitätssysteme. Es geht um eine allmähliche Abkehr vom privaten PKW und den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, um einen vollständigen Bruch mit lange hegemonialen Verkehrskonzepten. Ohne die Rückkehr zu öffentlichem Eigentum, etwa bei der Bahn, ohne öffentliche und zugleich gerechtere Finanzierungen von Mobilität und eine an solchen Zielen orientierte Industrie- und Strukturpolitik dürfte eine nachhaltige Verkehrswende

nicht zu haben sein. Um gesellschaftliche Mehrheiten von einem solch radikalen Wandel zu überzeugen, bedarf es einer neuen, wissenschaftlich gestützten Aufklärung, die in Schulen und Universitäten ihren Ausgang nehmen muss.

Um nicht auf taube Ohren zu stoßen, benötigt eine neue Aufklärung *drittens* Sicherheitsgarantien für jene, die wegen der Dekarbonisierung ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Dergleichen zu leisten, beanspruchen Varianten eines Green New Deal, wie er im globalen Maßstab von der UNCTAD (Gallagher/Kozul-Wright 2019) oder den Democratic Socialists in den USA vorgeschlagen wird (Ocasio-Cortez et al. 2019). So fordern die linke Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez und ihre Verbündeten eine rasche, radikale Dekarbonisierung der Wirtschaft, verbunden mit Job-, Status- und Sicherheitsgarantien für Beschäftigte aus den Karbon-Branchen. Noch scheuen die deutschen Gewerkschaften und die politische Linke vor solchen Forderungen zurück, weil, so heißt es, entsprechende Garantien im Kapitalismus nicht zu realisieren seien. Macht aber nicht gerade dieser utopische Überschuss, die implizite Thematisierung der Grenzen eines auf Besitzakkumulation beruhenden expansiven Gesellschaftssystems, das letztendlich nicht nachhaltig sein kann, den eigentlichen Reiz solcher Forderungen überhaupt erst aus?

Durchsetzen lässt sich ein Green New Deal nur in neuen Bündniskonstellationen, durch Ausbau von Bündnisbeziehungen von Gewerkschaften, ökologischen und Klimaschutz-Bewegungen wie Fridays for Future, also mittels Ausbaus gesellschaftlicher und diskursiver Machtressourcen beherrschter Klassen und Gruppen. Wird dieser Weg konsequent beschritten, kann er, ähnlich wie etwa im Gefolge der 1968er-Bewegungen, auch zur Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht beitragen. Konfliktfähige Gewerkschaften haben solch belebende Impulse aus den Klimaschutzbewegungen jedenfalls bitter nötig; aber auch die Umwelt- und Klimabewegungen könnten profitieren, wenn sie soziale Nachhaltigkeit stärker als bisher zum ureigenen Thema machen würden.

Es liegt auf der Hand, dass jeder Green New Deal eine inter- und transnationale Dimension haben muss. Deshalb benötigt neosozialistische Politik *viertens* einen neuen Multilateralismus, der Kriege ächtet, friedliche Kooperation als unhintergehbaren Standard internationaler Beziehungen etabliert sowie faire Handels- und Produktionsbeziehungen durchsetzt, um die Ungleichheiten zwischen Staaten abzubauen. In dieser Dimension sind vielleicht die dicksten Bretter zu bohren (Brandt et al. 2019). Bereits jetzt ist offenkundig, dass die Gefahr von bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriegen steigt. Die Regierungen Trump und Putin setzen gültige Abrüstungs-Verträge außer Kraft. Deshalb wächst die Gefahr eines neuen Wettrüstens mit atomaren Mittelstreckenwaffen. An den Grenzen rivalisierender Imperien werden – wie etwa im

Fall der Ukraine – bereits asymmetrische Kriege geführt. In gewisser Weise ähnelt die Situation der Spätphase des klassischen Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diesmal konkurrieren imperiale Mächte nicht um Kolonien, wohl aber um Absatzmärkte, Rohstoffe und Technologieführerschaft. Und sie sind bestrebt, die – im Inneren äußerst ungleichen – Wohlfahrtszonen gegen Migrationsbewegungen und vor ökonomischer Konkurrenz abzuschotten. In einer Welt ohne eindeutig hegemoniale Führungsmacht ist nationale (oder transnationale, europäische) militärische Stärke noch mehr als zuvor ein zentrales Mittel der Außenpolitik. Struktur gewordener Militarismus, das wusste bereits Rosa Luxemburg (Luxemburg 1913/1975, S. 398 ff.), treibt jedoch letztendlich zur Erprobung seiner Waffen und damit zum Krieg. In einer Zeit neuer Handelskonflikte und gebrochener Abrüstungsverträge ist ein an sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichteter neuer Multilateralismus eine Grundvoraussetzung, um Weichenstellungen für einen globalen Green New Deal überhaupt zu ermöglichen.

Und wo bleibt bei alledem der Sozialismus? Er wird sich, sofern überhaupt realisierbar, vermutlich als ein Formationswandel durchsetzen, wie er sich im Übergang von Feudalismus zum Kapitalismus vollzogen hat – als kontingenter, vielschichtiger Prozess, bei dem sich wissenschaftliche Aufklärung, Etablierung neuer Produktions- und Lebensweisen sowie politische Revolutionen zunächst relativ unabhängig voneinander entwickeln, um schließlich in qualitativ neuen Gesellschaften zu konvergieren. Heranwachsen des Neuen in Nischen des alten Systems, systemtransformierende Reformen von oben und unten, wo nötig aber auch der revolutionäre, politisch erzwungene Bruch mit eingeschliffenen Herrschaftsverhältnissen sind notwendige Bestandteile eines solchen Übergangs. Dafür, dass eine nachhaltige und deshalb auch neosozialistische Transformation Wirklichkeit wird, gibt es keine Gewissheit. Klar ist aber: Der expansive Kapitalismus wird nicht von selbst verschwinden, er muss aktiv von seinen noch immer fest gefügten Fundamenten gestoßen werden, wenn er seinen Platz für gesellschaftliche Alternativen räumen soll.

## **Literatur**

Arendt, H. (1955/2006): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München.

Atkison, A. B. (2016): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart.

Binswanger, M. (2019): Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben, Weinheim.

Brandt, P.; Braun, R.; Müller, M. (Hrsg.) (2019): Frieden! Jetzt! Überall!, Frankfurt/Main.



Dörre, K./Schickert, C. (Hrsg.) (2019): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München.

Dörre, K.; Fraser, N.; Lessenich, S.; Rosa, H. Becker, K.; Ketterer, H. (2019): Ein Gespräch zwischen Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich, Hartmut Rosa und Karina Becker und Hanna Ketterer. In: Ketterer, Hanna; Becker, Karina (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Berlin: Suhrkamp, S. 205-253.

Dörre, K. (2017a): Nach dem schnellen Wachstum: Große Transformation und öffentliche Soziologie. In: Dörre, K./Aulenbacher, B./Burawoy, M./Sittel, J. (Hrsg.) (2017): Öffentliche Soziologie – Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 33-67.

Dörre, K. (2017b): Kritische Theorie und Krise: Landnahme an den Grenzen kapitalistischer Dynamik. In: Bittlingmayer, U./Demirovic, A./Freitag, T. (Hrsg.): Handbuch kritische Theorie. Wiesbaden, S. 1-29.

Dörre, K. (2019a): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution. In: Dörre, K.; Rosa, H.; Becker, K.; Bose, S.; Seyd, B. (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden, S. 3-34.

Dörre, K. (2019b): Social Capitalism is a Thing of the Past: Competition-driven Landnahme and the Metamorphosis of the German Model. In: Chiocchetti, P.; Allemand, F. (Hrsg.): Competitiveness and Solidarity in the European Union: Interdisciplinary Perspectives. London, S. 149-181.

Foster, J. B.; Clark, B.; York, R. (2011): Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten, Hamburg.

Fratzcher, M. (2016). Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München.

Fuster, T. (2019): Die neue Lust am Sozialismus. In: Neue Züricher Zeitung vom 19.07.2019.

Galbraith, J. K. (2016): Wachstum neu denken. Was die Wirtschaft aus der Krise lernen muss, Zürich.

Gallagher, K. P.; Kozul-Wright, R. (2019): A New Multilateralism for Shared Prosperity. Geneva Principles for a Global Green New Deal, Genf.

G.I.B. (2018): G.I.B-Info 2/18, S. 76-105.

Gordon, R. J. (2016). *The Rise and Fall of American Growth. The U.S. Standard of Living Since the Civil War*, Princeton.

Grober, U. (2013). *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs*. München.

Hank, R. (2019): Wer schützt die Marktwirtschaft, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 05.05.2019.

IMF - International Monetary Fund (2017). *World Economic Outlook. Gaining Momentum*. Washington.

IPCC (2018): *Special Report. Global Warming of 1.5 ° C*, Bonn.

Kaelble, H. (2017): *Mehr Reichtum, mehr Armut: soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M./New York.

Luxemburg, R. (1913/1975), *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*, Berlin.

Magri, L. (2014): *Der Schneider von Ulm*, Berlin.

Milanović, B. (2016). *Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*. Berlin.

Monath, H./Woratschka, R./Ismar, G. (2019): FDP-Vorschlag zu Grundgesetz-Änderung „Der blanke Hohn gegenüber den Bürgern“. In: *Tagesspiegel* vom 25.04. 2019.

Moore, J. (2015): *Capitalism in the Web of Life*, London-New York.

Ocasio-Cortez, A. et al. (2019): 116th Congress, 1st Session. H. Re. 109. *Recognizing the duty of the Federal Government to create a Green New Deal*, the House of Representatives, February 7, 2019.

Patel, R.; Moore, J. (2018): *Entwertung. Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen*, Berlin.

Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München.

Piore, M. J./Sabel, C. F. (1985): *Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft*, Berlin.

Priewe, J. (2016), Stagnation, Nullwachstum, immerwährendes Wachstum – wohin driftet der entwickelte Kapitalismus? In: H. Hagemann und J. Kromphardt (Hg.), Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistische Volkswirtschaften, Marburg, S. 69–108.

Rockström, J./Steffen, W. L./Noone, K./Persson, Å./Chapin I., Stuart, F. (2009), Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operation Space for Humanity, Ecology and Society, Jg. 14, H. 2, Article 32.

Rosa, H. (2016). Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin.

Schellnhuber, H.-J. (2015), Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff, München.

Schröder, L./Urban, H.-J. (Hrsg.) (2018): Gute Arbeit Ausgabe 2018: Ökologie der Arbeit - Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt am Main: Bund Verlag.

Sik, Ota (1979): Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg.

Spannagel, Katharina; Molitor, Katharina (2019): Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI-Verteilungsbericht 2019. [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_report\\_53\\_2019.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_53_2019.pdf)

Urban, H.-J. (2019): Gute Arbeit in der Transformation, Hamburg.

Weiland, S. (2019): Vorstoß in Enteignungsdebatte FDP soll sich als Partei des Eigentums profilieren. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-und-enteignung-antrag-fuer-streichung-von-artikel-15-im-grundgesetz-a-1262680.html>

Wiesenthal, H. (2019): Institutionelle Transformation gestern – und morgen? In: Dörre, K.; Rosa, H.; Becker, K.; Bose, S./Seyd, B. (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden, S. 367-382.

Wittl, W. (2019): Bayerns Ministerpräsident: Söder will Klimaschutz im Grundgesetz verankern. In: Süddeutsche Zeitung vom 29. Juli 2019.